

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Heidi Lippmann, Dr. Christa Luft,  
Wolfgang Gehrcke, Roland Claus und der Fraktion der PDS**

**zu der zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2001  
– Drucksachen 14/4000 Anlage, 14/4302, 14/4513, 14/4521, 14/4522, 14/4523 –**

**hier: Einzelplan 14  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

Der Bundestag wolle beschließen:

Folgender Ansatz ist zu streichen:

Kapitel 14 19

Titel 554 06 Beschaffung des Großraumtransportflugzeugs (FTA) (Leertitel).

Berlin, den 27. November 2000

**Dr. Uwe-Jens Rössel  
Heidi Lippmann  
Dr. Christa Luft  
Wolfgang Gehrcke  
Roland Claus und Fraktion**

### **Begründung**

Im Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2001 war für die Beschaffung des zukünftigen Großraumtransportflugzeugs der Bundeswehr (FTA) bislang im Einzelplan 14 (Bundesministerium der Verteidigung) in Kapitel 14 19 ein so genannter Leertitel eingestellt gewesen. Eine konkrete Etatisierung des Beschaffungsprojektes aber war aufgrund ungeklärter Finanzierungsprobleme – die Bundeswehr soll voraussichtlich ab 2007 insgesamt 75 Flugzeuge vom Typ Airbus A 400M erhalten – bis zur Bereinigungssitzung nicht vorgenommen worden. Erst am 16. November 2000 – dem Tag der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses – wurde in einer mit „Antrag der Arbeitsgruppen Haushalt der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ getitelten Vorlage

die Ausbringung einer langfristigen Finanzierungsverpflichtung des Bundes für die Beschaffung des Großraumtransportflugzeugs in Form einer „Verpflichtungsermächtigung für künftige Haushaltjahre“ in Höhe von 8 Mrd. DM verlangt. Am gleichen Tag wurde ein weiterer Antrag eingebracht. Darin wird vom Bundesministerium der Finanzen und vom Bundesministerium der Verteidigung die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung von 10 Mrd. DM gefordert. Diese Vorgehensweise wird von der Fraktion der PDS entschieden abgelehnt. In einer Zeit, da die rotgrüne Koalition ihren strikten Sparkurs vor allem auf dem Rücken sozial und finanziell Schwächerer durchdrückt, werden gleichzeitig im Eilverfahren so einfach langfristige Finanzierungsverpflichtungen des Bundes für militärische Prestigeobjekte über 10 Mrd. DM eingegangen. Zum Vergleich: Der gesamte Bundesumwelthaushalt 2001 umfasst lediglich rund 1 Mrd. DM. Und die Angleichung der Gehälter für Zivilbeschäftigte der Bundeswehr sowie des Wehrosoldats Ost an das Westniveau – wie von der Fraktion der PDS auf der gleichen Haushaltberatung beantragt – würde weniger als 200 Mio. DM kosten. Das aber wurde von der Regierungskoalition abgelehnt.

Die Beschaffung des Großraumtransportflugzeugs der Bundeswehr soll den Aufbau von Krisenreaktionskräften voranbringen. Damit sollen die Weichen auch für künftige „Out-of-area“-Einsätze gestellt werden. Die Fraktion der PDS besteht darauf, dass die deutschen Streitkräfte nur zu Zwecken der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden dürfen und lehnt daher die entsprechenden Beschaffungsprojekte ab.